

50
76

Union in Deutschland

Bonn, den 9. Dezember 1976

Einmütig für die Einheit der Union

Wortlaut der Entschließung des Bundesvorstandes am 9. Dezember 1976 in Bonn

① Der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands dankt ausdrücklich Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf, Karl Carstens, Hans Filbinger und Hans Katzer für ihre Anstrengungen, in Gesprächen mit einer Delegation der CSU die Einheit der Union durch die Fortführung der in 27 Jahren bewährten gemeinsamen Bundestagsfraktion zu sichern.

② Der Bundesvorstand nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Verhandlungen zwischen CDU und CSU mit dem Ziel einer Fortsetzung der gemeinsamen Fraktion während der 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ergebnislos verlaufen sind.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ungeheuerlicher Wahlbetrug

SPD und FDP haben mit ihrer Entscheidung, die Renten nicht wie gesetzlich vorgeschrieben, zum 1. Juli 1977 zu erhöhen, sondern erst zum 1. Januar 1978, ihre Zusage vor der Wahl gebrochen. Dies ist ein ungeheuerlicher Wahlbetrug, stellt der CDU-Bundesvorstand in einer Erklärung fest. Dieser schwerwiegende Beschluß hat tiefgreifende Wirkungen auf die Vertrauenswürdigkeit der parlamentarischen Demokratie.

Die Regierung Schmidt beginnt ihre Arbeit mit einem eklatanten Wortbruch.

Koalition weicht zurück

Unter dem massiven Druck der öffentlichen Meinung und der zahlreichen Proteste auch aus den eigenen Parteien hat die SPD/FDP-Koalition am 10. Dezember ihre Beschlüsse revidiert. Diese Meldung kam während des Andrucks dieser UID-Ausgabe.

3 Ziel der CDU bleibt es, eine freiheitliche Politik in der Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen, die Durchsetzung einer sozialistischen Politik zu verhindern und die SPD/FDP-Koalition in der Regierungsverantwortung abzulösen. Grundlage für diese politische Aufgabe ist der Wählerauftrag vom 3. Oktober 1976 und das Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976.

4 Der Bundesvorstand bekräftigt seine im Beschluß vom 29. November 1976 zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß die gemeinsame Vertretung der Unionspolitik durch CDU und CSU in der ganzen Bundesrepublik Deutschland bisher durch die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU gewährleistet wurde.

5 Der Bundesvorstand stellt fest, daß die CSU sich mit der Aufhebung der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU aus der Einheit der Unionsparteien gelöst hat. Damit ist den Wählern in Bayern die Möglichkeit genommen, mit der CSU die Union als die bundesweite Volkspartei der Mitte zu wählen. Die CDU kann dem Wähler in Bayern diese Möglichkeit nur erhalten, indem sie in Bayern kandidiert und die dafür notwendigen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen schafft.

6 Angesichts der weitreichenden Konsequenzen einer solchen Entwicklung richtet der Bundesvorstand an die CSU den ernsthaften und feierlichen Appell, auf ihrem Sonderparteitag im Januar den Beschluß der Landesgruppe der CSU zu revidieren, die Gemeinsamkeit der Union durch Fortsetzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in Zukunft zu sichern und damit die Grundlage für eine kraftvolle Unionspolitik als freiheitliche Alternative zum Sozialismus zu gewährleisten.

Der Bundesvorstand ist — im Falle der Aufrechterhaltung des Beschlusses der CSU-Landesgruppe in Kreuth — entschlossen, die Einheit der Unionspolitik und ihrer Vertretung im Deutschen Bundestag für die ganze Bundesrepublik Deutschland durch die Kandidatur der CDU auch in Bayern zu ermöglichen.

7 Der Bundesvorstand richtet deshalb an den Bundesausschuß der CDU folgenden Antrag:

Der Bundesausschuß möge beschließen:

1. Der Bundesausschuß stimmt der vom Bundesvorstand in seinen Beschlüssen vom 22. 11., 29. 11. und 9. 12. 1976 eingenommenen Haltung zu.
 2. Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, dem 25. Bundesparteitag in Düsseldorf (7.—9. 3. 1977) die für die Aufnahme eines Landesverbandes Bayern der CDU in die Christlich Demokratische Union Deutschlands notwendigen Satzungsänderungen zur Beschlußfassung vorzulegen.
 3. Der Bundesausschuß billigt die Absicht des Bundesvorstandes, die Gründung eines Landesverbandes der CDU in Bayern zu unterstützen, wenn der Sonderparteitag der CSU im Januar den Beschluß der CSU-Landesgruppe von Kreuth aufrechterhält.
- ⑧ Der Bundesvorstand beauftragt das Parteipräsidium, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU im Bereich der Parteien und Fraktionen sicherzustellen und zu fördern.

CDU-Entwurf für eine Vereinbarung

- ① Die Delegationen von CDU und CSU vereinbaren die Erneuerung der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU für die Dauer der 8. Legislaturperiode.
- ② Die Grundlage der gemeinsamen politischen Arbeit von CDU und CSU in der gemeinsamen Fraktion ist das Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976. Danach ist es die oberste Aufgabe der beiden Unionsparteien, die Durchsetzung der sozialistischen Politik in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern und eine Ablösung der SPD/FDP-Koalition zu erreichen. Diese Aufgabe ist um so wichtiger, als es die geschichtliche Entwicklung Europas unabweisbar macht, dem Vormarsch des Eurokommunismus und der Ausbreitung der Volksfront durch eine geschichtsbewußte christlich-europäische Politik Einhalt zu gebieten.
- ③ Eine Kommission aus Vertretern der CDU/CSU wird beauftragt, Regelungen für alle Fragen zu treffen, die mit der Zusammenarbeit von CDU und CSU in der gemeinsamen Fraktion verbunden sind. Dazu gehören insbesondere
 - die finanzielle und räumliche Ausstattung der CSU-Landesgruppe,

- die personelle Beteiligung der CSU-Landesgruppe an den Aufgaben im Bereich der Fraktion und des Bundestages,
- die Verteilung der auf die Fraktion entfallenden Redezeiten.

Der Fraktionsvorstand wird insbesondere gebeten, darauf hinzuwirken, daß der jeder Fraktion aus dem Haushalt des Bundestages gezahlte Sockelbetrag auf den eineinhalbfachen Satz erhöht wird, wenn sich die Mitglieder zweier Parteien gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Bundestages zu einer Fraktion zusammenschließen und die Mitglieder jeder der beiden Parteien für sich allein Fraktionsstärke erreichen.

Der erhöhte Sockelbetrag wird zwischen dem CDU-Teil und dem CSU-Teil der Fraktion im Verhältnis 2 : 1 aufgeteilt.

Der Fraktionsvorstand wird auf eine interfraktionelle Vereinbarung hinwirken, wonach unbeschadet des § 33 Abs. 1 letzter Halbsatz und des § 33 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung in den Debatten des Bundestages grundsätzlich folgende Reihenfolge der Redner eingehalten werden soll:

CDU/CSU SPD CDU/CSU * FDP

Einer der CDU/CSU-Redner soll in jeder Runde ein Mitglied der CSU sein. (§ 33 Abs. 1 letzter Halbsatz lautet: „insbesondere soll nach der Rede eines Mitgliedes oder Beauftragten der Bundesregierung eine abweichende Meinung zu Wort kommen.“)

§ 33 Abs. 3 Satz 1 lautet: „Der erste Redner in der Beratung von Anträgen soll nicht der Fraktion des Antragstellers entnommen werden.“)

④ Für die Wirksamkeit der politischen Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 8. Deutschen Bundestag ist die Geschlossenheit der Fraktion bei der Verwirklichung des gemeinsamen Wahlprogramms wesentliche Voraussetzung.

CDU und CSU stimmen darüber überein, daß alle Anstrengungen gemacht werden, diese Geschlossenheit zu gewährleisten.

⑤ CDU und CSU stimmen darüber überein, daß die Mehrheit von SPD und FDP im Bundestag nur gebrochen werden kann, wenn für die nächste Bundestagswahl alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das Wählerpotential für eine freiheitliche, sichere und soziale Politik zu gewinnen.

CDU und CSU verpflichten sich, Maßnahmen und Aktivitäten zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten rechtzeitig vor der kommenden Bundestagswahl zu planen und die Durchführung geeigneter Schritte zu ihrer Verwirklichung vorzubereiten. Sie beauftragen die Generalsekretäre beider Parteien, dem gemeinsamen Präsidium von CDU und CSU und dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion regelmäßig über den Fortgang der einschlägigen Arbeiten zu berichten, erstmals im Sommer 1977. CDU und CSU verpflichten sich, die Ausweitung jeglicher direkter oder indirekter Aktivitäten auf den Bereich des jeweiligen Partners nur im Einvernehmen mit diesem durchzuführen.

Die Vorstände von CDU und CSU werden die Zustimmung ihrer Parteitage zu dieser Verpflichtung einholen.

Kommuniqué von CDU und CSU

Das Kommuniqué, das die Verhandlungskommissionen von CDU und CSU am 6. Dezember 1976 nach ihrem dritten Treffen veröffentlichten, hat folgenden Wortlaut:

- ① Die Vertreter der CDU und CSU sind sich einig über Inhalt und Ziel gemeinsamer Oppositionspolitik in der 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages und stimmen in der Entschlossenheit überein, diese Politik gemeinsam zu vertreten.
- ② Keine Übereinstimmung wurde in der Frage erzielt, in welcher Organisationsform die Abgeordneten der CDU und CSU im nächsten Bundestag diese gemeinsame Oppositionspolitik am wirksamsten vertreten können.

Die **Vertreter der CDU** vertreten unter Hinweis auf die Beschlüsse des Bundesvorstandes ihrer Partei den Standpunkt, daß die Verwirklichung der gemeinsamen Oppositionspolitik nur in einer gemeinsamen Fraktion möglich ist, da nach ihrer Ansicht nur auf diese Weise der einheitliche politische Wille der Unionsparteien überzeugend gewährleistet ist. Die Vertreter der CDU haben Vorschläge unterbreitet, die nach ihrer Ansicht zur Verbesserung der Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Fraktion führen.

Die **Vertreter der CSU** sehen sich nicht in der Lage anzuerkennen, daß nur diese Organisationsform für die Verwirklichung der gemeinsamen Oppositionspolitik in Betracht kommt, weil nach ihrer Meinung die bisherigen Erfahrungen den von der CDU vertretenen Standpunkt nicht rechtfertigen. Dies gilt besonders im Hinblick auf die von ihnen gemachten, nach ihrer Ansicht weitgehenden organisatorischen Vorschläge in der Gestaltung der Zusammenarbeit.

- ③ Die **Vertreter der CDU** werden ihre Gremien vom Ergebnis der Verhandlung unterrichten.

Die **Vertreter der CDU** haben keine Zweifel daran gelassen, daß die CDU auch jetzt alle Anstrengungen unternommen wird, ihre bayerischen Freunde von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Fraktion zu überzeugen. Sie stellen fest, daß die CDU auf einer bundesweit einheitlichen Darstellung der Unionspolitik auch in Zukunft bestehen muß.

- ④ Die **Vertreter der CSU** werden den bisherigen Verlauf und das bisherige Ergebnis der Verhandlungen den CSU-Abgeordneten des 8. Bundestages zur Erörterung und Entscheidung vorlegen. Aus dem gleichen Grund wird sich der Landesvorstand der CSU unverzüglich mit dieser Frage befassen. Die **Vertreter der CSU** haben dazu mit Entschiedenheit erklärt, daß nach ihrer Erfahrung und Vorstellung eine wirksame Unionspolitik eher durch zwei eigene Fraktionen gewährleistet ist. Sie bejahen die Notwendigkeit einer bundesweit einheitlichen Darstellung der Oppositionspolitik der Unionsparteien.

■ INTERVIEW ZUR LAGE

Helmut Kohl: Wir werden entschlossen handeln

Helmut Kohl gab dem Chefkorrespondenten der „Süddeutschen Zeitung“, Hans Ulrich Kempfski, am 9. Dezember 1976 folgendes Interview zu den aktuellen Fragen, die sich nach dem ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen zwischen CDU und CSU ergeben.

SZ: *Nachdem die Spaltung der Union eine Realität geworden ist, möchte ich Sie fragen, Herr Dr. Kohl, wie Ihnen jetzt zumute ist, wobei ich daran denken muß, was Sie früher wiederholt erklärt haben: daß eine Spaltung der Union für Sie unerträglich wäre.*

Helmut Kohl: Wir alle, und ich ganz besonders, sind uns in diesen Tagen des Ernstes der geschichtlichen Stunde bewußt. Ich habe in den drei Gesprächen mit den Freunden und Kollegen der CSU sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wie sehr ich dies als eine geschichtliche Stunde empfinde. Und daß man jetzt ohne persönliche Betroffenheit, ohne Emotionen oder gar Verärgerung zu handeln hat, sondern in der Pflicht des Amtes, das uns durch das Vertrauen anderer übertragen wurde. Natürlich ist dies eine traurige Stunde für mich.

Wer so viele persönliche Freunde in Bayern hat und so viele persönliche Bindungen dorthin, wird dies leicht verstehen. Aber wir müssen mit den uns aufgezwungenen Konsequenzen des Trennungsbeschlusses der CSU-Lan-

desgruppe in Kreuth jetzt leben und fertig werden. Wir werden entschlossen handeln.

SZ: *Können Sie sich vorstellen, Herr Dr. Kohl, daß das überstrapazierte menschliche Verhältnis zwischen Ihnen und Strauß jemals reparabel ist? Werden sich zumindest Arbeitsbeziehungen mit Strauß herstellen lassen, die einigermaßen tragen?*

Helmut Kohl: Unter Freunden und langjährigen Weggenossen ist es durchaus möglich, daß man mitunter harte, sogar schroffe Spannungen hat. Unter vernünftigen Leuten muß es auch möglich sein, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Nur: nach alledem, was da mehr oder weniger öffentlich gesagt wurde, ist es jetzt nicht meine Sache, mich zu diesem Thema öffentlich zu äußern. Ich für meine Person habe, was Fairneß und Aufrichtigkeit im Umgang mit Franz Josef Strauß angeht, keinen Nachholbedarf, überhaupt keinen.

SZ: *Im Fernsehen hat Strauß gesagt, er wolle Sie davor bewahren, der Spalter und Totengräber der Union zu werden...*

Helmut Kohl: Diese Äußerung ist nicht nur mir, sondern auch allen unverständlich, die die Ereignisse der letzten Wochen miterlebt haben. Wer sich an den Beschluß der Spaltung der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU durch die CSU-Landesgruppe in Kreuth erinnert, weiß, daß hier Ursache und Wirkung verwechselt werden — frei nach der Devise „Haltet den Dieb“.

SZ: Andererseits stellt sich auch die Frage, ob Sie sich Ihrer Freunde ganz sicher sind — jener Freunde, die Ihnen besonders zur Härte gegen Strauß geraten haben. Denn man hört bereits Vermutungen, es könnte in der obersten CDU-Führungsetage Berater geben, die Helmut Kohl ins Feuer geschickt haben mit dem womöglich eigensüchtigen Ziel, den Dr. Kohl auf diese Weise am Ende aus dem Rennen zu werfen.

Helmut Kohl: Es mag sein, daß es diesen oder jenen gibt, der solche Gedanken in seiner Brust trägt. Aber in den entscheidenden Beratungen hat es keinen einzigen Hinweis darauf gegeben. Alles andere ist schlicht und einfach Fama. Es ist völlig klar, daß ich den Rat vieler höre, aber die letzte Entscheidung muß ich persönlich treffen, und zwar ohne Drängen von irgendeiner Seite.

Alle Beschlüsse, die wir im Parteivorstand der CDU getroffen haben, sind nach eingehender Diskussion und Abwägung aller Gründe einstimmig gefaßt worden. In der Kommission — Hans Filbinger, Karl Carstens, Kurt Biedenkopf, Hans Katzer und ich —, welche die Verhandlungen mit den Freunden und Kollegen der CSU geführt hat, ist ebenfalls immer einstimmig votiert worden. Ich habe nicht den geringsten Grund, an der Solidarität meiner Freunde zu zweifeln.

SZ: Wie sieht nun Ihr Zeitplan für die Gründung eines CDU-Landesverbandes in Bayern aus?

Helmut Kohl: Über die jetzt notwendigen Schritte werden die Gremien der CDU beraten, in den allernächsten Tagen. Mein Verständnis von einer demokratischen Partei verbietet es mir, mich vorher dazu öffentlich zu äußern.

SZ: Ihre Antwort könnte als Zögern verstanden werden. Denn bei der CSU sagt man schon, Kohl werde den Sprung nach

Bayern letztlich nicht wagen, weil Sie, Herr Kohl, Angst vor dem Schwarzen Peter hätten. Nun ist das Ganze zwar kein Pokerspiel, sondern ein Bruderkampf, aber ich möchte, um im Bild zu bleiben, dennoch fragen: Wo liegt der Schwarze Peter?

Helmut Kohl: Angst ist für mich kein Mittel der Politik. Möglich, daß es den einen oder den anderen gibt, der ruhige und gelassene Reaktion für Schwäche hält. Aber: Ich kann nur jeden warnen, solche Überlegungen anzustellen.

In den Bundesvorstandsbeschlüssen der CDU ist unübersehbar deutlich gesagt worden — und wir haben in den letzten Tagen das Notwendige hinzugefügt —, daß die Voraussetzungen für eine gemeinsame Union in der Bundesrepublik die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU/CSU ist und daß eine Trennung der gemeinsamen Fraktion für uns zwangsläufig die Notwendigkeit des eigenen Landesverbandes in Bayern begründet. Das ist keine Frage des Schwarzen Peters, schon gar kein Spiel. Wir haben den Beschluß von Kreuth hinnehmen müssen. Er ist in der denkbar rüdesten Form getroffen worden. Aber der Inhalt dieses Beschlusses ist das Entscheidende, nicht die Methode und die Form.

SZ: Was ist eigentlich der tiefere Beweggrund für Sie, die CDU in Bayern zu etablieren? Hat das etwas mit Rachegefühlen zu tun?

Helmut Kohl: Überhaupt nicht. Worte wie Strafexpedition oder Rache sind völlig fehl am Platze. Die CDU in Bayern zu etablieren, ist für mich eine Frage unseres Selbstverständnisses. Es sind zwei ganz wichtige Punkte, die uns zu dieser Aktion für den Fall einer Nichtaufhebung des Trennungsbeschlusses zwingen.

1. Die Christlich Demokratische Union ist nach dem Krieg an vielen Punkten

der Bundesrepublik gemeinsam mit der CDU mit dem Anspruch gegründet worden, Politik für ganz Deutschland zu machen. Als die ersten Versuche einer gesamtstaatlichen Entwicklung begannen, haben sich CDU- und CSU-Fraktion sofort zusammengeschlossen: im Wirtschaftsrat der Bi-Zone, später im Parlamentarischen Rat und dann — vor 27 Jahren — im Bundestag. In dieser langen Zeit war die gemeinsame Fraktion das Symbol unserer gemeinsamen Politik. Wir zusammen haben die Bundesrepublik entscheidend mitgeprägt. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard wären undenkbar gewesen ohne diese gemeinsame Fraktion.

Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß, bevor es den Bundesverband der CDU Deutschlands gab, bereits die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU arbeitete. Der Bundesverband der CDU wurde erst auf dem Goslarer Parteitag 1950 gegründet. Da gab es bereits die gemeinsame Fraktion und die von der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU getragene Bundesregierung unter Konrad Adenauer. Die Fraktion war der gemeinsame Ort der Begegnung zwischen beiden Schwesterparteien. Dort ist unsere Politik diskutiert, formuliert und entschieden worden. Jeder Bürger in der Bundesrepublik sah mit Recht in dieser Fraktion den Ausdruck der Gemeinsamkeit.

SZ: Was folgern Sie daraus?

Helmut Kohl: Wenn sich jetzt diese Fraktion trennt und Hilfsmöglichkeiten überlegt werden — gemeinsame Koordination oder etwas Ähnliches — so glaubt doch kein Mensch, daß dies Ausdruck kraftvoller Gemeinsamkeit ist. Ich füge hinzu: Die CDU muß auch für ihre bayerischen Anhänger sprechen können, wenn sie nicht mehr in der Ge-

meinsamkeit einer CDU/CSU-Fraktion Politik machen kann. Unser Anspruch als Bundespartei gebietet dies ganz selbstverständlich.

SZ: Und Ihr zweites Argument?

Helmut Kohl: Das zweite wichtige Argument ist für mich von ganz großer Bedeutung: Der bayerische Beitrag in der deutschen Nachkriegspolitik hat sich vor allem durch die CSU über die gemeinsame Fraktion in der Bonner Politik ausgewirkt. Als der bayerische Landtag 1949 das Grundgesetz ablehnte, waren viele Kommentatoren der Meinung, daß in dieser Bundesrepublik Bayern nicht richtig integriert würde. Daß jedoch das genaue Gegenteil eingetreten ist, daß nämlich Bayern und die Freunde, die aus der CSU in die deutsche Politik kamen, einen ungeheuer wichtigen Beitrag der Integration geleistet haben, das ist doch vor allem möglich gewesen durch die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU.

Für uns in der CDU — und das sagt nun gerade ein Pfälzer — ist es lebenswichtig, daß diese unverwechselbare bayerische Komponente, diese Mentalität, Atmosphäre, Anschauung vom Leben, sowie alles, was das politische Leben bei aller Härte sehr viel lebenswürdiger macht, in die Politik hineinwirkt — und damit auch in die CDU. Die CDU wäre nicht mehr die CDU, wenn es diesen bayerischen Beitrag nicht mehr gäbe. Wenn dieser Beitrag nicht mehr in einer gemeinsamen Fraktion möglich ist, dann muß und wird es ihn eben geben in Form eines uns aufgezwungenen eigenen CDU-Landesverbandes.

SZ: So spricht ein Pfälzer aus Liebe zu Bayern...

Helmut Kohl: Ja, das ist sicher so. Und es ist keine heimliche Liebe. Ich bin zu

einem Zeitpunkt in der Pfalz geboren und aufgewachsen, als die Pfalz noch zu Bayern gehörte. Mein Vater war Unterfranke. Für mich ist dies nicht irgendeine Frage der technischen Veränderung der Parteienlandschaft, sondern ich fühle mich ganz persönlich durch diese Entwicklung berührt.

SZ: *Gibt es führende CDU-Männer, die etwa verhindern wollen, daß die CDU sich auf den Weg nach Bayern macht? Wie ist in diesem Zusammenhang die Option des hessischen Chefs Dregger zu beurteilen?*

Helmut Kohl: Alfred Dregger hat klipp und klar gesagt, daß er sich als Mann der Christlich Demokratischen Union versteht. Er versucht, wie viele andere, die gemeinsame Fraktion wiederherzustellen. Er war an allen Beschlüssen, die wir in der CDU-Führung getroffen haben, beteiligt und hat ihnen zugestimmt.

SZ: *Auf welches Wählerreservoir wird die CDU wohl in Bayern rechnen dürfen? Wie sieht nach Ihrer Vorstellung eine Art Prototyp des künftigen CDU-Wählers im Freistaat Bayern aus?*

Helmut Kohl: Ich halte überhaupt nichts von der These, daß die Uhren in Bayern anders gehen sollen. Bayern ist ein besonders eigenwilliger Teil, aber, ich sage es noch einmal, ein besonders liebenswerter Teil unserer Bundesrepublik. Ich will jetzt keine Spekulationen über die Wahlstrategie anstellen. Aber es ist für mich ganz klar, daß die Interessenlage der Mitbürger in Bayern nicht anders anzusprechen ist als in vielen anderen Teilen Süddeutschlands.

SZ: *Strauß selbst hat im Rückblick auf die letzten fünf Jahre der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU deutlich gemacht, daß die beiden Parteien in wesentlichen Fragen nicht nur Differenzen hatten, sondern sogar fundamentale Gegensätze. Wächst der CDU, nachdem sie vom CSU-*

Ballast befreit ist, nunmehr größere Handlungsfreiheit zu?

Helmut Kohl: Ich halte das Wort vom CSU-Ballast für völlig abwegig. Das ist eine Formulierung, die ich nie akzeptiert habe und auch in Zukunft nicht akzeptieren werde. Wir hatten, wie jede große Volkspartei, in den vergangenen Jahren Schwierigkeiten. Wenn man aber die Dinge mit historischer Wahrfähigkeit beurteilt, dann muß man doch sehen, daß die Schwierigkeiten primär in der Legislaturperiode von 1969 bis Ende 1972 lagen, daß die Probleme um die Deutschland- und Ostpolitik bereits in der vorvergangenen Legislaturperiode gegeben waren. Wer also damit die Aufkündigung der gemeinsamen Fraktion begründet, hätte dies eigentlich 1972 tun müssen und nicht nach diesem großartigen Wahlerfolg des Jahres 1976.

SZ: *Kann eine neue politische Strategie der CDU im Bundestag noch Ihr ursprüngliches Konzept zum Inhalt haben, nämlich die Bindung der Freien Demokraten an die Sozialdemokraten aufzulockern?*

Helmut Kohl: Meine Politik war und ist, daß wir eine kraftvolle Opposition aufgrund des Wahlergebnisses vom 3. Oktober zu machen haben und daß unser natürlicher Gegner beide Koalitionsparteien SPD und FDP sind, die beiden Wahlverlierer. Wir haben keine dieser zwei Parteien besser zu behandeln als die andere, oder schlechter. Ich halte überhaupt nichts davon, daß man etwa über Kungelei oder über Personalab-sprachen Koalitionen ermöglichen kann. Ich bin vielmehr dafür — und das werden wir in der CDU auf alle Fälle tun —, über eine sehr entschiedene, entschlossene, wenn es sein muß, auch harte Auseinandersetzung über politische Sachfragen die politische Szenerie zu beeinflussen und zu verändern.

SZ: Was heißt das am Beispiel der FDP?

Helmut Kohl: Das heißt, daß wir die FDP in unserer Oppositionsstrategie daraufhin angehen müssen, ob und inwieweit ihre Politik mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu vereinbaren ist. Wenn ich etwa die Entwicklung der Mittelstandspolitik unter dieser Bundesregierung betrachte, so ist dies ein Punkt, wo Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen.

Der jüngste FDP-Parteitag gibt eine Reihe solcher Beispiele. So ist die Haltung der FDP in der Radikalenfrage für mich mit liberalen Grundsätzen unvereinbar. Wir müssen die FDP stellen, den wirklich liberalen Gehalt ihrer Politik befragen und die Frage aufwerfen: Was hat diese Politik mit der Tradition von Theodor Heuss zu tun? Niemand wird behaupten können, daß wir die FDP schonen.

Wir sollten alles dazu beitragen, damit die Wählerschaft begreift, daß der zunehmende politische Immobilismus der FDP zu einer parteipolitischen Landschaft der Bundesrepublik führt, die schwer erträglich ist. Daß wir das Wahlergebnis vom 3. Oktober richtig interpretieren, wenn wir sagen, daß es eine klare Absage gegen jede Form des Sozialismus ist, versteht sich für mich von selbst.

SZ: Nun hat man neulich von Strauß übernommen, er werde sich mit Schmidt notfalls schneller einigen als Kohl jemals mit Genscher. Was halten Sie davon?

Helmut Kohl: Gar nichts!

SZ: Der Bundeskanzler Schmidt hat im Wahlkampf gesagt, nicht Helmut Kohl sei sein wirklicher Gegner, der Gegenpol sei in Wahrheit Strauß. Was sind angesichts der neuen Lage die Leitlinien für Ihr Rollenverständnis als Oppositionsführer?

Helmut Kohl: Helmut Schmidt hat im Wahlkampf vieles gesagt, was heute nicht mehr stimmt. Er hat in dieser Wahl die Wähler in einer Form für dumm verkauft — am Beispiel der Rentenfrage ist es jedem erkennbar —, die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellos ist. Was er im Blick auf meine Person gesagt hat, bewegt mich überhaupt nicht. Wir sind in den Wahlkampf gegangen mit einem Unterschied von 18 Punkten in der Popularität; wir hatten am Wahltag gleichgezogen. Herr Schmidt hat das sehr genau zur Kenntnis genommen. Und das ist auch der Grund, warum er einer Fernsehdiskussion mit mir allein ausgewichen ist.

SZ: Ich fragte nach Ihrem Rollenverständnis als Oppositionsführer.

Helmut Kohl: Opposition bedeutet für mich nie die mindere Rolle im Parlament. Freiheitliche Demokratie lebt überhaupt nur aus dem Rollenwechsel von Regierung und Opposition. Gerhard Schröder hat auf eine Frage des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew, was eigentlich Opposition sei, einmal geantwortet: Opposition ist die Regierung von morgen. Dies ist eine klassische Definition.

Opposition heißt für mich, streitbar und offen Politik zu gestalten. Opposition aber ist für mich nie eine Politik der verbrannten Erde, schon gar nicht in Grundfragen unseres Volkes. Für mich persönlich heißt Oppositionsführer vor allem auch, die Verantwortung für achtzehneinhalb Millionen Wähler zwischen Passau und Flensburg zu übernehmen, die der Union und mir als dem Kanzlerkandidaten von CDU und CSU ihr Vertrauen geschenkt haben. Ich muß dieses Vertrauen rechtfertigen.

■ BUND / LÄNDER

Die Kritik am Bundesrat wird jetzt unerträglich

Der neue Präsident des Bundesrates, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, befaßte sich in seiner Antrittsrede vor allem mit der verfassungsrechtlichen Stellung des Bundesrates. Nachfolgend Auszüge aus seiner Rede.

Ich halte es auf Dauer für unerträglich, daß Vertreter anderer Verfassungsorgane immer wieder die Legitimation von Entscheidungen des Bundesrates in Frage stellen und mit dem Versuch drohen, die Rechte des Bundesrates zu beschneiden. Der Bundesrat rückt in dieser Hinsicht in die Nähe der Auseinandersetzungen um die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts. Sobald Entscheidungen dieses Verfassungsorgans in hochkontroversen Fragen nicht wunschgemäß ausfallen, flammt regelmäßig die Diskussion um die Legitimation seiner Entscheidungspraxis auf. Ich brauche nicht zu betonen, daß diese Form der Auseinandersetzung vor allem, wenn sie zwischen Verfassungsorganen stattfindet, an die Grundlagen unseres Staates rührt...

Die Kritik gipfelt bekanntlich in dem Vorwurf, daß der Bundesrat weitgehend einen parteipolitisch motivierten Kurs der Obstruktion, der Blockade des Bundestages verfolge...

Diese Kritik geht von einem Rollenverständnis des Bundesrates aus, das sei-

ner verfassungsrechtlichen Stellung nicht gerecht wird. Der Bundesrat hat nach unserer bundesstaatlichen Verfassungsordnung mehrere zentrale Funktionen. Lassen Sie mich die wichtigsten nennen:

- ① Der Bundesrat ist ein oberstes Verfassungsorgan des Bundes, das bundespolitische Interessen wahrnimmt;
- ② Der Bundesrat ist ein oberstes Verfassungsorgan, das landespolitische Interessen gegenüber dem Gesamtstaat zur Geltung bringt;
- ③ Der Bundesrat ist ein oberstes Verfassungsorgan, das die politischen und administrativen Erfahrungen der Länder in die Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes einbringt...

Der Bundesrat erweist sich im föderativen Gefüge als ein ausgezeichnetes Organ der Machtkontrolle, aber auch der Machtbalance. Dies schließt die Möglichkeit ein, daß sich eine Mehrheit im Bundestag nicht gegenüber einer Mehrheit im Bundesrat durchsetzen kann. Dies bedeutet aber auch, daß eine Mehrheit im Bundesrat gezwungen ist, ein besonderes Maß an politischer Verantwortung zu übernehmen, eine Verantwortung, die schwer wiegen kann, wenn die politischen Gruppierungen, denen die Mitglieder des Bundesrates angehören, gleichzeitig im Bundestag in Opposition stehen...

Daß im Bundesrat Politik stattfindet, ist wohl selbstverständlich. Politische In-

teressen sind aber in einer parteienstaatlichen Demokratie weitgehend parteipolitisch organisiert. Deshalb ist Politik, sei es in bundes- oder landespolitischen Fragen, in der Regel auch Parteipolitik. Dazu kommt, daß unser Regierungssystem die Herausbildung von parlamentarischen Gegensätzen begünstigt hat. Der Dualismus von Regierungsparteien und Oppositionsparteien ist im Grundgesetz nicht erwähnt. Er ist eine Tatsache, deren Legitimation niemand in Frage stellt. Dieser Dualismus wird heute verstärkt durch Entwicklungen, die in weiten Bereichen wieder zu parteipolitischen Polarisierungen geführt haben. Der Bundesrat steht als ein Organ, das zu politischen Entscheidungen berufen ist, nicht außerhalb dieser Bewegungen unseres politischen Lebens. Damit wird der Bundesrat aber weder zu einem Instrument der Regierung noch zu einem Instrument der Opposition.

Aus Äußerungen des Bundeskanzlers muß ich entnehmen, daß er Bestrebungen unterstützt, durch eine Trennung der Gesetzesvorhaben in zustimmungsfreie und zustimmungsbedürftige Teile die Mitwirkung des Bundesrates zu beschränken. Soweit sich dieser Vorschlag gegen die Gesetzgebungspfektion der vergangenen Jahre richtet, möglichst jede verfahrensrechtliche Detailfrage bundesgesetzlich zu regeln, so ist dagegen nichts einzuwenden.

Sollten diese Bestrebungen allerdings die machtpolitische Absicht verfolgen, Gesetzesmaterien, die in einem notwendigen inneren Zusammenhang stehen, ohne sachlichen Grund aufzuspalten, um die weitgehende Mitwirkung des Bundesrates zu umgehen, so muß der Bundesrat solchen Bestrebungen entschieden widersprechen. Ich möchte hier in allem Ernst die Hoffnung äußern,

daß die Bundesregierung nicht den Versuch unternimmt, die Mitwirkung des Bundesrates zu unterlaufen. Dies würde zu einem Verfassungskonflikt führen. Niemandem kann daran gelegen sein, denn die vor uns liegenden schwierigen Aufgaben sind durch Konfliktstrategien nicht zu lösen.

Unsere bundesstaatliche Ordnung verlangt nicht eine Schwächung, wie sie in solchen Bestrebungen zum Ausdruck kommt, sondern vielmehr eine Stärkung der Funktion des Bundesrates ... Ich brauche nur daran zu erinnern, daß seit 1949 bis heute das Grundgesetz 34mal geändert worden ist. In 29 Fällen wurden Gesetzgebungskompetenzen zu Lasten der Länder verlagert. Durch diese Entwicklung hat die vertikale Gewaltenteilung immer mehr an Gewicht verloren. Die bundesstaatliche Ausgleichsfunktion des Bundesrates gewinnt daher immer mehr an Bedeutung.

Wir haben inzwischen ein Stadium erreicht, das keine weitere Verschiebung des Kompetenzgefüges von Bund und Ländern zum Nachteil der Länder duldet, ohne unsere föderative Ordnung zu gefährden ...

Apel fordert acht Milliarden mehr

Ungewöhnlich schwierige Verhandlungen stehen zwischen Bund und Ländern um die Neufestsetzung der Anteile an der Mehrwertsteuer bevor. Bundesfinanzminister Apel verlangt von den Ländern für 1977 gut acht Milliarden Mark mehr als bisher. Zur Zeit werden die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer im Verhältnis 59 zu 31 zwischen Bund und Ländern verteilt. Das Abkommen darüber läuft Ende des Jahres aus. Die Neuverhandlungen, in denen der Bund einen Schlüssel von 82 zu 18 anstrebt, beginnen im Januar.

■ RENTEN

Das unwürdige Spiel mit der Alterssicherung von Millionen

Es ist ein Skandal, wie die Rentner nun seit Tagen mit immer neuen Meldungen über beabsichtigte Eingriffe in das geltende Rentenrecht beunruhigt werden. Die „Rentengarantie“ von Kanzler Schmidt und Minister Arendt scheint nur zwei Monate nach der Wahl vergessen. Die CDU-Fraktion lehnt es ab, wie Hans Katzer erklärte, sich an Spekulationen zu beteiligen und auf Gerüchte zu reagieren. Sie fordert den Bundeskanzler auf, die tatsächliche finanzielle Lage der Rentenversicherung offenzulegen und dem unwürdigen Spiel mit der Alterssicherung von Millionen von Mitbürgern ein Ende zu setzen.

„Wähler getäuscht“ — „Unsanftes Erwachen“ — „Betrug am Wähler“ — „Der Offenbarungseid“ — „Die soziale Demontage“ — „Ende des Wahlschwindels“. So kommentierte die Presse am Donnerstag die Rentenentscheidung der SPD/FDP-Koalition.

Hier einige Zitate:

„Seit gestern wissen wir, daß soziale Demontage stattfindet. Die bisherigen Leistungen werden herabgesetzt, frühere Zusagen außer Kraft gesetzt, ehe- dem genährte Hoffnungen gestrichen. Alle Rentner, die den früheren Kraftaus-

drücken Arendts geglaubt haben, müssen sich nun betrogen fühlen. Denn sie haben ein spürbares Minus. Ihre Besitzstände werden geschmälert.“

Frankfurter Neue Presse, 9. 12. 76

„Arendt, Schmidt und Genscher sei ins Stammbuch geschrieben, daß sie die Härte der nun fälligen Eingriffe zu vertreten haben. Sie haben mit Blick auf die Wahlen unpopuläre Entscheidungen hinausgeschoben. Vor einem Jahr wäre der Preis für die Sanierung der Rentenfinanzen noch niedriger gewesen.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 12. 76

„Was soll eigentlich der vielzitierte kleine Mann noch von der Glaubwürdigkeit unserer Politiker halten, wenn die Rentengarantie bereits zwei Monate nach der Wahl nur noch Makulatur ist? Wie wollen Bundeskanzler Schmidt und sein Arbeitsminister Arendt künftig noch Politik betreiben, wenn sie so offenkundig den Wähler angelogen haben? Die traurige Konsequenz aus diesem beschämenden Schauspiel könnte sein, daß sich der Bürger angewidert in sein unpolitisches Schneckenhaus zurückzieht und die Arbeit aller Parteien, wie gehabt, als schmutziges Geschäft abqualifiziert.“

Abendzeitung, München, 9. 12. 76

„Der Bruch des Wortes, an das alle Parteien gebunden waren, ist nicht der einzige Fehler des Koalitionspakets. Den Rentnern wird ein Opfer von etwa

drei Milliarden im Jahre 1977 zugemutet, das bei dem Loch um 11,2 Milliarden ein Tropfen auf den heißen Stein bedeutet. Ein weiteres Opfer in Höhe von etwa 2,8 Milliarden mutet man den Arbeitnehmern mit einem Einkommen von über 2 550 Mark zu, indem man die Beiträge zur Krankenkasse drastisch erhöht. Der Spitzenbeitrag wird um etwa 100 Mark steigen. Das trifft in erster Linie die kleinen und mittleren „Aufsteiger“, die allen Segnungen staatlicher Sozialsubvention gerade ent wachsen sind. Aber auch das reicht nicht.“

Neue Rhein-Zeitung, 9. 12. 76

„Bei aller berechtigten Empörung über den politischen Stil, mit dem SPD und FDP ihr Wort brechen, darf nicht übersehen werden, daß ein zweiter Koalitionsbeschluß zur Rentenpolitik ungleich weitreichender ist: Für eine mehrjährige Übergangszeit soll die Rentenformel von 1957, nach der die Höhe der jeweiligen Rentenanhebung berechnet wird, ersatzlos gestrichen werden und die Quote der jährlichen Anpassung der politischen Entscheidung überlassen bleiben. Dies ist, auch

wenn jetzt das Gegenteil beteuert wird, das Ende der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente. Das System der gesetzlichen Alterssicherung wird damit im doppelten Sinne unberechenbar, das angekratzte Vertrauen in die Solidarität der Rentenversicherung vollends aufs Spiel gesetzt.“

Süddeutsche Zeitung, 9. 12. 76

„Würde am nächsten Sonntag schon wieder ein Bundestag gewählt, müßten sich SPD und FDP trotz des spektakulären Unionszwistes auf kräftige Stimmenverluste gefaßt machen. Die Erbitterung ist groß wegen der sich anbahnenden Rentenenttäuschung. Statt der feierlich versprochenen rund zehn Prozent Zuwachs sollen sich die Rentner im nächsten Jahr ungefähr mit der Hälfte begnügen. Was auch an Gründen für die geplante Verschiebung der Rentenerhöhung vom 1. Juli auf das Jahresende 1977 (und dies käme einer Halbierung des erwarteten Prozentsatzes gleich) ins Treffen geführt wird — zunächst ist ein Wortbruch von erstaunlicher Kaltblütigkeit festzuhalten.“

General-Anzeiger, Bonn, 9. 12. 76

So wurden die Wähler betrogen

Vor der Bundestagswahl gab es für Bundeskanzler Helmut Schmidt nur ein Renten-Problemchen. Unionspolitiker, die Gegenteiliges behaupteten, mußten sich von dem Kanzler eine ganz und gar unchristliche Angst- und Panikmache nachsagen lassen. Bundesarbeitsminister Arendt wurde vor der Wahl nicht müde zu versichern, die Renten blieben sicher. Wie man es von Schmidt und Arendt vor der Wahl hören konnte, zeigt die nachfolgende Kurzdokumentation.

20. Februar 1976. Rentendebatte des Bundestags: Alle Parteien bekräftigten ihre Absicht, die Renten zum 1. Juli 1977 zu erhöhen. Bundesarbeitsminister Arendt versicherte, es sei „irreführend und falsch“, daß kommende Rentenerhöhungen nur durch Beitragserhöhungen finanziert werden könnten.

14. Mai 1976: Haushaltsdebatte im Bundestag. Arendt wörtlich: „Die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung ist nicht gefährdet. Diejenigen, die mit viel

Getöse eine finanzielle Krise vorausgesetzt haben, müssen sich heute den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Rentner und die Versicherten mit falschen Behauptungen unnötig verunsichert haben. Ich habe die herzliche Bitte: Stellen Sie das endlich ein."

1. Juli 1976. Arendt vor dem Bundestag: „*Ich sage in aller Ruhe: Es besteht nicht der geringste Anlaß zu irgendwelchen Eingriffen in das Rentenrecht; das gilt für die Beitragsseite, und das gilt genauso für die Leistungsseite.*“

4. August 1976: Regierungssprecher Grünewald versichert, die Rentenanpassung zum 1. Juli 1977 sei „nicht gefährdet“.

30. August 1976. Beschluß des FDP-Bundesvorstandes: „*Es bleibt bei der für das kommende Jahr vorgesehenen Rentenerhöhung von zehn Prozent.*“

3. September 1976: In den Sozialpolitischen Informationen des Bundesarbeitsministeriums heißt es unter der Überschrift „Die Renten bleiben sicher“ wörtlich: „*Die bruttolohnbezogene dynamische Rente hat sich bewährt und bleibt. Die Beiträge zur Rentenversicherung werden nicht erhöht.*“

4. September 1976: Auf einer SPD-Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle versichern Bundeskanzler Schmidt und Bundesarbeitsminister Arendt, die Rentenerhöhung 1977 sei gesichert.

22. September 1976. FDP-Vorsitzender Genscher bekräftigt nach einer Präsidiumssitzung seiner Partei: „*Die Rentenanpassung findet statt.*“

30. September 1976: In der Fernsehdiskussion mit den Spitzenkandidaten der vier im Bundestag vertretenen Parteien verwarnte sich Bundeskanzler Schmidt gegen den von Franz Josef Strauß ge-

brauchten Ausdruck vom Verfall der Finanzgrundlagen der Rentenversicherung. Wörtlich erklärte Schmidt:

„Ich will Sie nicht falsch zitieren. Ich akzeptiere Ihre jetzige Formulierung. Ich finde es einen leichtfertigen Ausdruck, der dazu geeignet ist, Menschen Angst zu machen. Sie sollten den Menschen keine Angst machen. Sie haben keinen Grund dazu, Rentnerinnen und Rentnern Angst zu machen ... Ein Teil der Rücklagen ist ein bißchen langfristig angelegt. Da gibt es ein Problemchen der Liquidität der Rücklagen. Dieses Problemchen ist leicht zu lösen, zumal der Kapitalmarkt ja überaus ergiebig ist ... Ich sehe keine ernsthafte Gefahr für das Rentensystem. Ich sehe nur kleinere Probleme und muß deshalb den Ausdruck, es handele sich um einen Verfall der Finanzierungsgrundlagen des Rentensystems, für eine schlimme Übertreibung ablehnen ...“

Angst zu machen, hatte sich Schmidt außerdem in einem Fernseh-Wahlspot der SPD über die Wahlkampfmethoden der Union empört, sei ganz und gar nicht christlich.

Und das hat Helmut Kohl erklärt:

Erhöhung der Renten zum 1. Juli 1977 um zehn Prozent im Rahmen unserer Sozialgarantie. Strikte Zurückweisung aller in den letzten Tagen bekanntgewordenen Pläne von Koalitionsseite zur Demontage der Renten von zehn auf sieben Prozent. **Sanierung der Finanzen der Rentenversicherungsträger durch volks- und betriebswirtschaftliche Maßnahmen, nicht aber auf Kosten der Rentner.**

(Punkt 3 des Sofort-Programms einer Regierung Helmut Kohl vom 30. September 1976)

Fraktionsführung für den 8. Deutschen Bundestag

Die CDU-Fraktion des 8. Deutschen Bundestages hat am 7. Dezember ihre Führung gewählt.

Als Kandidaten für das **Bundestagspräsidium** wurden Dr. Richard von Weizsäcker und Dr. Rainer Barzel nominiert. Auf Dr. von Weizsäcker entfielen 141 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Auf Dr. Barzel entfielen 139 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 7 Enth.

Zu **stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden** wurden gewählt:

Karl Carstens mit 176 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 6 Enth.; Dr. Alfred Dregger mit 163 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 8 Enth.; Dr. Burkhard Ritz mit 161 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 12 Enth.; Heinrich Windelen mit 156 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 9 Enth.; Dr. Walter Wallmann mit 145 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 18 Enth.; Hans Katzer mit 139 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 13 Enth.; Frau Dr. Helga Wex mit 126 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen, 17 Enth.

Zu **Parlamentarischen Geschäftsführern** wurden gewählt:

Dr. Philipp Jenninger mit 181 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enth.; Wilhelm Rawe mit 169 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 4 Enth.

Zum **Justitiar** der Fraktion wurde gewählt:

Professor Paul Mikat mit 145 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 13 Enth.

Zu Vorsitzenden der Arbeitskreise wurden gewählt:

Arbeitskreis I (Innen- und Rechtspolitik)

Friedrich Vogel mit 149 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 13 Enth., 2 ungültigen Stimmen.

Arbeitskreis II (Wirtschaft und Ernährung)

Elmar Pieroth in einer Stichwahl mit 93 Stimmen. Professor Gerhard Zeitel erhielt 76 Stimmen. Dr. Müller-Hermann war bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden.

Arbeitskreis III (Haushalt, Steuern, Geld und Kredit)

Dr. Hansjörg Häfele mit 169 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 3 Enth.

Arbeitskreis IV (Sozial- und Gesellschaftspolitik)

Heinrich Franke/Hannover mit 166 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 6 Enth.

Arbeitskreis V (Außen-, Deutschland-, Verteidigungs-, Europa- und Entwicklungspolitik)

Dr. Werner Marx mit 158 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 6 Enth.

Arbeitskreis VI (Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie)

Anton Pfeifer mit 172 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 4 Enth.

■ SOZIALDEMOKRATEN

Linke und Rechte wieder aktiv

Linke und Rechte in der SPD machen wieder Schlagzeilen. Jochen Steffen, Alt-Sozialist im Bundesvorstand, hat unter scharfem „Protest gegen die reformunwillige Bundesregierung“ die sogenannte Grundwertekommission der SPD verlassen. In Kettwig haben 50 rechte Sozialdemokraten mit der Gründung einer eigenen freiheitlichen Partei begonnen. Nimmt man das Zurückweichen so prominenter Sozialdemokraten, wie Jochen Vogel, Georg Kronawitter, Hans Preissinger usw. vor dem totalen Machtanspruch der Linken in München hinzu, wird der Zerrüttungsprozeß einer Partei sichtbar, die den Anspruch verwirkt hat, für alle Schichten des Volkes offen zu sein.

Steffen ist kein Einzelfall, sondern ein nicht mehr zu übersehendes Zeichen für den mit Macht ausgebrochenen Ideologiestreit innerhalb der SPD. Es handelt sich hier um denselben Mann, der unermüdlich für die Abspaltung des linken Parteispektrums von der SPD und für die Gründung einer radikalsozialistischen Reformpartei wirbt.

In einem Interview mit der „Zeit“ (3. Dezember) forderte Steffen die Rückkehr der SPD zu einer Reformpartei und erklärte dann wörtlich: „Dies allerdings ist unter einem Kanzler Schmidt nicht denkbar, der nur machtechnokratisch denkt und handelt und

dabei gar nicht zu merken scheint, daß er nur noch absegnet, was Industrie und Interessengruppen des Kapitals längst in die Wege geleitet haben.“

Über die Zukunft der SPD stellt Steffen fest: „Augenblicklich stützen Gewerkschaft und Partei eine antireformistische Politik. In sechs Jahren kann das aber schon anders aussehen. Vorläufig haben wir einen Kanzler, der in Technologie und quantitativem Wachstum macht. Das kann er natürlich, nur darf er sich nicht wundern, wenn angesichts der sozialen Folgen dies die Partei nicht auf ewig mitmacht.“

Abspaltungstendenzen machen den Sozialdemokraten aber jetzt auch rechts zu schaffen. Bisher wurden in der SPD offensichtlich die handfesten Forderungen der Linken ernster genommen als das Unbehagen besonnener Genossen, die sich seit Jahrzehnten um die Partei verdient gemacht haben. Nunmehr hat eine Gruppe von Sozialdemokraten daraus die Konsequenzen gezogen.

Für die SPD sind diese Abbröckelungserscheinungen ein Warnsignal. Die Parteigründer sind sicherlich keine versponnenen Einzelgänger. Nicht die ausscheidenden Mitglieder der SPD haben in diesem Fall ihre politischen Grundüberzeugungen geändert, sondern die SPD hat sich verändert.

Nachdem sich in München die Linke weitgehend durchgesetzt hat, kam es auch auf dem Berliner SPD-Landesparteitag wieder zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen rechts und links.

Klaus Schütz, der gleichzeitig Landesvorsitzender und Regierender Bürgermeister ist, forderte die Linke auf, „endlich ihre Sonderorganisation“ aufzulösen. Darauf reagierte der Chef der Linken, Harry Ristock, der auch Bausenator ist, mit äußerster Schärfe. Ein Antrag, der die Auflösung von selbständigen Gruppen innerhalb der Partei verlangte, kam nicht zur Abstimmung.

Brandt und Schmidt müssen zahlen

Die 8. Zivilkammer des Landgerichts Bonn hat am 2. Dezember 1976 durch Urteil die vom SPD-Vorsitzenden Brandt und Bundeskanzler Schmidt gegen die CDU erwirkte einstweilige Verfügung vom 22. September 1976 aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens (Streitwert 500 000 DM) tragen die Antragsteller, Brandt und Schmidt. In dieser Sache hatte am 4. November eine mündliche Verhandlung vor dem Bonner Landgericht stattgefunden. Mit der einstweiligen Verfügung, die durch einen Fernsehspot der CDU im Bundestagswahlkampf ausgelöst worden war, war der CDU aufgegeben worden, es zu unterlassen, folgende Äußerungen zu wiederholen: Zwischen dem SPD-Vorsitzenden Brandt und dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, und ferner zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär der SED, Erich Honecker, habe eine Verbrüderung stattgefunden.

Zusammenarbeit SPD/KPI soll verstärkt werden

Wie der „Welt“ (6. Dezember) bekannt wurde, hat bei der Geheimsitzung des fünfzigköpfigen Gründungskomitees der rechten Sozialdemokraten in Kettwig ein Bericht des Bundesamtes für Ver-

fassungsschutz vom 11. Oktober eine besondere Rolle gespielt. Diesem Bericht zufolge hat Sergio Segre, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), Ende September deutsche Stellen über einen Geheimbeschluss der Parteispitze informiert, die Kontakte zur Bonner SPD ohne Rücksicht auf die DKP in der Bundesrepublik zu intensivieren. Diese Entscheidung sei im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament getroffen worden. Für den Fall, daß Gastarbeiter bei den Europawahlen in der Bundesrepublik wählen müssen, will die KPI eine Stimmabgabe ihrer im Ausland lebenden Mitglieder zugunsten der SPD sicherstellen.

In dem Bericht wird weiter festgestellt, die KPI wolle dem SPD-Vorstand diese und andere praktische Maßnahmen der Zusammenarbeit im Hinblick auf die Europawahl vorschlagen. Sie erwarte ihrerseits von seiten der SPD Unterstützung. Bei der Sitzung in Kettwig wurde in dem Zusammenhang mit dem Verfassungsschutzbericht auf die jüngsten Treffen des SPD-Spitzenpolitikers Horst Ehmke mit der KPI in Italien verwiesen.

Volksfront-Bündnis im Landeschülerrat

In einer Stellungnahme nach einer Klausurtagung des Landeschülerrates in Abbensen kritisierte Christian Wulff (Osnabrück), Vertreter der Schüler-Union im Landeschülerrat, daß Jungsozialisten und „Liberale“ im gerade gewählten niedersächsischen Landeschülerrat lieber mit Kommunisten, nämlich mit der DKP-Jugend „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), anstatt mit demokratischen Schülervereinigungen zusammenarbeiten.

■ NATO

Die doppelte Moral der Sozialisten, wenn es um Menschenrechte geht

Die diesjährige Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung vom 14. bis 19. November in Williamsburg im amerikanischen Bundesstaat Virginia war in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung. Die Nordatlantische Versammlung hat mit ihren 171 Mitgliedern — die Bundesrepublik Deutschland ist durch zwölf Vertreter des Bundestages und sechs des Bundesrates vertreten — zwar nur beratenden Status. Sie bietet aber in ihren Jahrestagungen und halbjährlichen Ausschusssitzungen ein Forum für die kontinuierliche Diskussion der gemeinsamen Probleme der Allianz.

So zeigte auch die Williamsburger Tagung erneut, daß die NATO mehr ist und sich als mehr versteht als ein militärisches Verteidigungsbündnis. Sie entwickelt sich zu einer Schicksalsgemeinschaft freier Nationen auf der Basis gemeinsamer Werte und Interessen. Während in den Fachausschüssen der bisherige Konsensus auch in Williamsburg aufrechterhalten blieb, war die Diskussion der politischen Probleme der Allianz im politischen Ausschuß und im Plenum kontroverser. Hier zeigte sich ein bemerkenswerter Wandel, der die wachsende Skepsis über die bisherige Ost-West-Entspannungspolitik widerspiegelt.

War die Diskussion über die politischen Ost-West-Probleme in den letzten Jahren unter dem Eindruck der allgemeinen Entspannungseuphorie von den Vertretern der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas beherrscht, so setzte sich in Williamsburg in mehreren Streitpunkten eine die nationalen Delegationsgrenzen überschreitende Mehrheit von Christdemokraten, Gaullisten, Konservativen und Liberalen, weitgehend unterstützt von den meisten amerikanischen und kanadischen Delegierten, gegen die Sozialisten durch.

So wurde der politische Generalbericht des Berichterstatters des Politischen Ausschusses, eines niederländischen Sozialisten, über die politischen Probleme der Allianz wegen seiner Einseitigkeit von der Ausschlußmehrheit gegen die Stimmen der Sozialisten nicht angenommen — ein in der Geschichte der Versammlung einzigartiger Vorgang.

Ein rigoroser Resolutionsentwurf desselben Berichterstatters gegen Spanien wurde abgelehnt und durch eine gemäßigte Resolution, eingebracht von Gaullisten, britischen Konservativen und deutschen Christdemokraten, ersetzt, in der die Einladung spanischer Beobachter zur nächsten Nordatlantischen Versammlung nach den spanischen Wahlen in Aussicht gestellt wurde.

Die Forderung nach neuen westlichen Initiativen in der MBFR-Verhandlung

in einem vom deutschen SPD-Vertreter Mattick eingebrachten Resolutionsentwurf wurde von der gleichen Mehrheit ersatzlos gestrichen, da sie zu einer Aufweichung der westlichen Verhandlungsposition beigetragen hätte.

Ein Resolutionsentwurf der Gaullisten mit klarer Stellungnahme gegen die Beteiligung von kommunistischen Parteien an Regierungen in NATO-Ländern wurde — wiederum gegen die Stimmen der Sozialisten — angenommen.

Zur spektakulärsten Kraftprobe zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten kam es aber bei der Behandlung eines Resolutionsentwurfes über die Menschenrechtsverletzungen in der DDR und an der innerdeutschen Grenze, der von den CDU-Politikern Erik Blumenfeld und Rudolf Titzck eingebracht und mit einer Bilddokumentation über die Todesgrenze untermauert worden war. Ausgerechnet die SPD-Mitglieder der deutschen Delegation lieferten das allgemein als peinlich empfundene Schauspiel, daß sie gegen die Resolution zugunsten ihrer deutschen Landsleute ihre sozialistischen Parteifreunde Europas mobilisierten.

Nachdem es dieser sozialistischen Gruppe zunächst im Politischen Ausschuß gelungen war, den ursprünglichen Entwurf in einer Kampfabstimmung mit elf gegen zehn Stimmen niederzustimmen, wurde er in seiner Substanz als Zusatzantrag zu einer allgemeinen Resolution über Ost-West-Beziehungen in der abschließenden Plenarsitzung erneut eingebracht. Amerikanische Senatoren und Parlamentarier aus fast allen NATO-Staaten unterstützten als Mitunterzeichner diesen Antrag.

Dennoch blieben die Sozialisten, angestachelt von den deutschen Sozialde-

mokraten, bei ihrem erbitterten Widerstand. Laute moralische Proteste dieser Art — so behauptete Kurt Mattick, SPD — störten nur den Prozeß der innerdeutschen Entspannung; seit Juli sei kein Schuß mehr in der DDR gefallen. Die Beziehung der NATO provoziere die Regierungen in Ost-Berlin und Moskau zu harten Reaktionen. Die NATO-Staaten seien nicht zuständig.

Erst nach heftiger Debatte und mehreren Kampfabstimmungen wurde der Antrag mit 48 zu 42 Stimmen angenommen. Die deutschen Christdemokraten wurden unterstützt von den Amerikanern und Kanadiern, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, von französischen Gaullisten, britischen, skandinavischen Konservativen, niederländischen Liberalen und Christdemokraten Europas.

Ausländische Beobachter dieses ungewöhnlichen Vorfalles sparten nicht mit Bemerkungen über die einseitige Moral deutscher Sozialdemokraten, die mit ihren sozialistischen Parteifreunden zwar gegen Menschenrechtsverletzungen in Spanien und Südafrika protestierten, vor Protesten gegen die DDR und deren sowjetische Schutzmacht jedoch zurückschreckten.

Die Auseinandersetzung wurde gleichzeitig zum Testfall, wie die NATO-Länder die Instrumente zur Verteidigung der Menschenrechte, die in der Schlußakte der KSZE und in den internationalen Pakten der Vereinten Nationen gegeben sind, in Zukunft zu nutzen gedenken. Die Diskussion in Williamsburg läßt immerhin hoffen, daß die Mehrheit im NATO-Parlament Entspannung gegenüber dem Osten nicht mit Verschweigen, Beschönigung und Leisetreten verwechselt, wie manche deutschen Parlamentarier.

■ PARTEITAG RHEINLAND-PFALZ

Einheit der Union Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik

Mit einem eindeutigen Vertrauensbeweis für den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel in seinem Amt als CDU-Landesvorsitzenden und dem dringenden Appell des CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl an die CSU, den Beschluß von Kreuth rückgängig zu machen, endete am Wochenende in Lahnstein der 21. Parteitag der rheinland-pfälzischen CDU.

Nach zweijähriger Amtszeit wurde Vogel von 387 der abgegebenen 410 Delegiertenstimmen in seinem Parteiamt bestätigt, das sind 94 Prozent. Die Delegierten zollten damit der Arbeit Vogels in den vergangenen zwei Jahren im Amt des Landesvorsitzenden Anerkennung. Der Landesverband Rheinland-Pfalz hatte in diesem Zeitraum die 70 000-Grenze bei den Mitgliedern überschritten und ist nunmehr dabei, die SPD des Landes als mitgliedsstärkste Partei zu überrunden.

Die übrigen Wahlen zum Landesvorstand brachten kaum eine Änderung. Aus dem 15 Kopf starken Beisitzergremium schied der Landesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Jürgen Doss, aus, während Franz Schapfel (Sozialausschüsse) hinzukam. Mit überwältigender Mehrheit wurde Landwirtschaftsminister Otto Meyer in seinem Amt als stellvertretender Landesvorsitzender wiedergewählt. Die höchste Stimmenzahl aller Beisitzer erhielt der bislang

noch nicht im Landesvorstand vertretene Mainzer Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum, der sich neben Vogel um das Amt des Ministerpräsidenten beworben hatte und dessen Stimmenzahl als Anerkennung der Delegierten für seine loyale Haltung nach seiner Nominierungsniederlage gegen Vogel gewertet werden darf.

Neben den Vorstandswahlen stand vor allem die Diskussion um die Fraktionstrennung von CDU und CSU im Vordergrund des Parteitages. Ministerpräsident Vogel appellierte an die CSU, den Beschluß von Kreuth zurückzunehmen, denn es widerspreche dem Geist der Union, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen, was die unausbleibliche Folge der Trennung sein müsse.

„Was nützt es, wenn wir zwar vereinbaren, nicht gegeneinander zu kandidieren, aber im Bundestag täglich das Schauspiel bieten, zwei Meinungen zu artikulieren, wenn sich dann zunehmend Wähler in Bayern gedrängt fühlen, sich zu Positionen zu bekennen, die Helmut Kohl für die CDU im Bundestag vertritt, oder Wähler außerhalb Bayerns Positionen zustimmen, die der Sprecher der CSU bezieht, diesem Wunsch am Wahltag aber Ausdruck verliehen werden kann?“ fragte Vogel.

Sollte die Zurücknahme des Kreuther Beschlusses nicht erreicht werden, „dann werden wir dem Drängen vieler Freunde in Bayern nachgeben müssen, sich als CDU zu konstituieren“, warnte

der Ministerpräsident Vogel. Die Folgen einer solchen Entwicklung seien schlimm, aber noch schlimmer sei die Unglaubwürdigkeit einer gespaltenen Union.

Auf seine Amtszeit als Ministerpräsident bis zum Jahr der nächsten Landtagswahl im Frühjahr 1979 eingehend, nannte Vogel drei Schwerpunkte der Arbeit der Landesregierung. Dabei spiele die Sicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine wesentliche Rolle. Wer aber Wachstum und Fortschritt wolle, müsse die Energieversorgung als Schlüsselkraft für die Stärkung der Wirtschaft sichern. Hier sei auch die Partei aufgerufen, eine bessere Information der Öffentlichkeit beim Bau von Kernkraftwerken zu sichern.

Als drittes vorrangiges Ziel setzte sich Vogel, jungen Menschen den Weg in die Zukunft offenzuhalten und zu verhindern, daß sie angesichts der Jugend Arbeitslosigkeit und der Situation an den Universitäten resignieren. „Die jungen Menschen müssen von uns lernen, was Solidarität der Generationen bedeutet, um sie in Zukunft selbst üben zu können“, rief Vogel aus.

Helmut Kohl, der zum Abschluß des Parteitages sprach, wies erneut eindringlich die Trennungargumente der bayerischen CSU zurück und forderte eine Rückkehr zur Gemeinsamkeit. Eine Gemeinsamkeit um jeden Preis könne es nicht geben.

Der Bundesvorsitzende kündigte an, daß er in seiner neuen Rolle als Oppositionsführer in Bonn keine kurzatmige Politik treiben werde. Unter dem Beifall der Delegierten rief Kohl aus: „Wir laufen nicht mit hechelnder Zunge um das Kanzleramt herum, um einen Eingang zu suchen, wir wollen durch das Hauptportal und dazu gehört eine Strategie der Geduld.“

■ INFORMATIONEN

Union hat sich durchgesetzt

Die Koalitionsparteien SPD und FDP haben ihre Absicht, zum 1. Juli 1977 die Mehrwertsteuer zu erhöhen, aufgegeben. SPD und FDP haben damit aus den Beratungen des Finanzplanungsrates die Konsequenzen gezogen. Bundesfinanzminister Apel kündigte jedoch an, daß die Spitzenpolitiker von SPD und FDP in den Koalitionsgesprächen vereinbart hätten, nunmehr zum 1. Januar 1978 eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte (beim ermäßigten Steuersatz um einen Prozentpunkt) anzustreben. Diese Steuererhöhung solle allerdings mit einer Reihe von Steuererleichterungen verknüpft werden. Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum kommentierte die Entscheidung der Koalition mit dem Hinweis, daß sich damit die Union durchgesetzt hätte, obwohl Apel vor der Wahl immer das Einschwenken der Opposition auf die Regierungspläne vorausgesagt habe.

Personalstand im öffentlichen Dienst

3 462 906 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigte der öffentliche Dienst Mitte 1976. Davon entfielen 1 403 291 auf die Länder — 773 181 auf die Gemeinden — 428 397 auf die Bundespost — 297 572 auf Bundesbehörden und Gerichte. Der Personalzuwachs stieg bei den Ländern von 1972 bis 1975 um 10,5 Prozent, bei den Gemeinden um 7,3 Prozent.

„Vierte Partei“ zerbricht

Der niedersächsische Landesverband der „Aktionsgemeinschaft Vierte Par-

tei“ zerbricht. Wie ein AVP-Sprecher in Hannover mitteilte, haben sich die Bezirks- und Kreisverbände der AVP von Bestrebungen einer „liberal-sozialen Gruppe um den Landesvorsitzenden Dr. Göttig“ distanziert, „die AVP links von der CDU und in Gegnerschaft zum CSU-Vorsitzenden zu organisieren“. Gegen Göttig ist ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet worden.

Berlin-Hilfe sichern

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Wohlrabe hat die Bundesregierung am Wochenende aufgefordert, die Bundeshilfe für Berlin für das kommende Jahr in der vom Senat veranschlagten Höhe von 7,05 Milliarden Mark bindend zuzusagen. Wie Wohlrabe dpa erläuterte, müßte es „beinahe abenteuerlich“ erscheinen, wenn in der kommenden Woche das Berliner Abgeordnetenhaus mit den Haushaltsberatungen für 1977 beginne, aber noch keine Zusage über die Höhe der Bundeshilfe vorliege. Bei einem Volumen von 15,1 Milliarden Mark des Berliner Gesamthaushalts macht nach den Worten Wohlrabes die mit 7,05 Milliarden Mark vom Berliner Finanzsenator veranschlagte Bundeshilfe immerhin knapp 47 Prozent aus.

Ungerechtigkeit unzumutbar

Die Steuerlast der Bürger und die Ungerechtigkeit der Besteuerung hat in der Bundesrepublik die Grenze des Zumutbaren „längst deutlich überschritten“. Diesen Vorwurf erhob Hermann Fredersdorf, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, in Bonn. Er warnte vor der Politik des „Weiterwurstelns“ und forderte eine weitere Steuerreform in zwei Etappen, um einer „gefährlichen politischen Entladung“ vorzubeugen.

Bundestag: Tagungsplan für 1977

23. Dezember 1976 bis	
16. Januar 1977	Weihnachtspause
Woche vom 17. 1.	Tagungswoche
Woche vom 24. 1.	sitzungsfrei
Woche vom 31. 1.	Tagungswoche
Woche vom 7. 2.	Tagungswoche
Woche vom 14. 2.	sitzungsfrei
Woche vom 21. 2.	sitzungsfrei
Woche vom 28. 2.	Tagungswoche
Woche vom 7. 3.	sitzungsfrei
Woche vom 14. 3.	Tagungswoche
Woche vom 21. 3.	Tagungswoche
28. März bis 17. April	Osterpause
Woche vom 18. 4.	Tagungswoche
Woche vom 25. 4.	sitzungsfrei
Woche vom 2. 5.	Tagungswoche
Woche vom 9. 5.	Tagungswoche
Woche vom 16. 5.	sitzungsfrei
Woche vom 23. 5.	Tagungswoche
Woche vom 30. 5.	sitzungsfrei
Woche vom 6. 6.	sitzungsfrei
Woche vom 13. 6.	Tagungswoche
Woche vom 20. 6.	Tagungswoche
27. Juni bis 4. Sept.	Sommerpause
Woche vom 5. 9.	Tagungswoche
Woche vom 12. 9.	Tagungswoche
Woche vom 19. 9.	sitzungsfrei
Woche vom 26. 9.	Tagungswoche
Woche vom 3. 10.	Tagungswoche
Woche vom 10. 10.	sitzungsfrei
Woche vom 17. 10.	Tagungswoche
Woche vom 24. 10.	Tagungswoche
Woche vom 31. 10.	sitzungsfrei
Woche vom 7. 11.	Tagungswoche
Woche vom 14. 11.	sitzungsfrei
Woche vom 21. 11.	Tagungswoche
Woche vom 28. 11.	sitzungsfrei
Woche vom 5. 12.	Tagungswoche
Woche vom 12. 12.	Tagungswoche
19. Dezember 1977 bis	
15. Januar 1978	Weihnachtspause

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Franst die SPD aus ?

In einem Versuch satirischer Umschreibung könnte man von einer „flankierenden Maßnahme“ zugunsten des CSU-Vorsitzenden Strauß sprechen. Nach Kreuth nun Kettwig. Der Beschluß der CSU-Landesgruppe sollte die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik verändern. Die Trennung der Strauß-Partei von der Kohl-Partei sollte die Hoffnung nähren, daß auch bei der SPD Abspaltungen möglich sein könnten.

Jetzt macht die Gruppe um den Oberstadtdirektor Weber den kühnen Versuch, von Braunschweig aus über Essen-Kettwig dem Mann aus München auf halbem Wege entgegenzukommen. Man mag die Initiative und ihre Chancen beurteilen, wie man will. Es sieht so aus, als würde sie eine Episode am Rande bleiben. Als Symptom für die Gesamtentwicklung sollte die SPD sie dennoch ernst nehmen. Sie ist das von rechts tönende Echo auf disharmonische Klänge am linken Rande der Partei.

Just in diesen Tagen hat der SPD-Linke aus Schleswig-Holstein, Jochen Steffen, unüberhörbare Paukenschläge getan. Als Mitherausgeber von „das da“ hat er auf der Titelseite des Magazins einen langen Kommentar angekündigt, dessen Aussage trotz der Frageform der Anreißüberschrift kaum noch zweideutig ist: „4. Partei von links?“ Im Text fordert er dann die linken Gruppen, die er im einzelnen analysiert, auf, „konkret“ zu werden. Noch ein Parteigründer?

Steffen hat einen Brief an Willy Brandt geschrieben. Zugleich hat er den Vorsitz in der Grundwerte-Kommission der SPD niedergelegt; er will auch nicht wieder für den Parteivorstand kandidieren. Es ist noch nicht restlos klar, ob Steffen resigniert, ob er es aufgibt, innerhalb der Partei für seine Ziele zu arbeiten, die mehr und mehr die Ziele einer anderen Partei zu sein scheinen.

Schon vor Jahren hat der SPD-Vorsitzende seine Partei davor gewarnt, daß sie „ausfranst“. Die bisher latente Gefahr scheint akut zu werden. Siehe Kettwig. Siehe Kiei, siehe München, siehe Berlin. Siehe ...

Neue Rhein-Zeitung, 6. Dezember 1976

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Mültenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD